

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Wolfgang Seidl betreffend Steuer- und Gebührensenkung, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates am 22. Juni 2022 im Rahmen der Dringlichen Anfrage „drohende Verteuerung der Lebenserhaltungs- und Energiekosten durch die Stadt Wien“

---

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt erwirtschaftet die Gemeinde Wien aus den kommunalen Gebühren Millionen an Überschüssen, die zum Stopfen von Budgetlöchern herangezogen werden wie auch bereits der Rechnungshof festgestellt hat und somit als illegale Steuern zu titulieren wären. Auch der Gebührenspiegel zum Budget-Voranschlag zeigt regelmäßig diese Überschüsse auf. Allein im RA 21 werden über eine halbe Milliarde Euro an Gebühren ausgewiesen.

Die SPÖ hat bereits vor der Pandemie 500.000 Wiener in die Armut getrieben. Jetzt werden die städtischen Gebühren, die Gemeindebaumieten, die Bäderpreise, die Parkgebühren usw. in die Höhe getrieben, die nächste Erhöhung wird bereits Anfang 2023 folgen. Die arbeitende Bevölkerung wird massiv belastet, während im Gegenzug Sozialzuwanderer und Personen mit gültigem Ausreisebescheid Mindestsicherung erhalten und Unsummen über Kulturvereine in „Migrantencommunities“ gepumpt werden“.

Infolge der Corona-Epidemie, Steuergeldverschwendung und Missmanagement wird diese halsbrecherische Entwicklung verstärkt, die Inflationsrate explodiert, zehntausende Wienerinnen und Wiener kommen finanziell unter die Räder. Daher ist es nicht nur nunmehr auch ökonomisch vertretbar, sondern geradezu eine Pflicht die bisher übervorteilten Bürger finanziell zu entlasten, indem die Gemeinde Wien als auch die Bundesregierung Gebühren bzw. Steuern senkt.

Die ungarische Regierung und damit auch das EU-Land Ungarn hat bereits im November 2021 einen Höchstpreis für Benzin und Diesel mit 480 Forint (1,3 Euro) festgelegt. Diese Spritpreisdeckelung muss umgehend auch in Österreich umgesetzt werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für

1. eine sofortige massive Steuersenkung auf Strom, Gas, Benzin und Diesel durch Halbierung bzw. bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung sowohl der Mehrwertsteuer als auch der Mineralölsteuer
2. eine signifikante Erhöhung des Pendlerpauschale,
3. eine sofortige Streichung der CO<sup>2</sup> – Abgabe,
4. eine Rücknahme der Müll-, Kanal-, und Abwasserabgaben,
5. ein Streichen der Wiener Netzgebühren für 2022 und 2023,
6. eine Streichung der Mehrwertsteuer für einen Warenkorb mit Grundnahrungsmitteln,

7. eine automatische Inflationsanpassung sämtlicher Versicherungs-, Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, des Arbeitslosengeldes sowie der Familienbeihilfe und des Pflegegeldes und
8. für entsprechende Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer, welche die Teuerung in vollem Umfang abdecken
9. für eine Deckelung des Spritpreises wie in Ungarn aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.